

Milan Pajević
Stellvertretender Vorsitzender
G17 PLUS

Die Angleichung Serbiens an Montenegro wäre ein Rückschritt dem Weg zur EU

Serbien und Montenegro sind dabei ihre Annäherung an die Europäische Union zu verlangsamen, indem sie sich auf den vergeblichen Versuch eingelassen haben, ihre wirtschaftlichen Systeme miteinander in Einklang zu bringen. Es handelt sich um verschiedene und schon längst voneinander abgetrennte Systeme, so dass durch den vergeblichen Angleichungsversuch in beiden Staaten ohne Grund Zeit und Geld verschwendet wird und politische Frustrationen entstehen. Davon ist vor allem Serbien betroffen.

Ignoriert wird, dass sich am Prozeß der Assoziierung mit der EU nur **Staaten** mit geregelten und funktionsfähigen demokratischen Institutionen beteiligen können. Das steht in allen relevanten Dokumenten über den westlichen Balkan, insbesondere wenn Serbien und Montenegro Erwähnung finden: In den Kopenhagener Kriterien, den Mitteilungen der EU-Kommission, den Beschlüssen des Rates und einer ganzen Reihe von anderen Dokumenten, bis hin zu den letzten unzweideutigen Erklärungen führender Persönlichkeiten der Union. So stellte Christopher Patten unlängst fest: „We clearly need a properly functioning state as our partner,, .

Es nicht zu übersehen, dass die mit Mühe durchgesetzte Verfassungscharta von Serbien und Montenegro nicht einmal theoretisch im Stande ist, einen gemeinsamen Staat mit funktionsfähigen rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Institutionen hervorzubringen. Im wirklichen **Leben** bestehen getrennte Märkte mit verschiedenen Zolltarifen und Verwaltungen, verschiedenen Währungssystemen und Finanzbehörden (Dinar-Euro, zwei Nationalbanken), sowie getrennten Ordnungs- und Sicherheitssystemen. Ähnlich ist es hinsichtlich der Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsysteme, bis hin zur Außenpolitik. Es ist auch eine tatsächliche Grenze (!) zwischen den beiden Staaten mit klassischen Grenzkontrollen vorhanden.

Darüber hinaus besteht bei zahlreichen montenegrinischen Politikern keine Bereitschaft, tatsächlich eine (kon)föderale Staatengemeinschaft mit Serbien zu bilden. Das geht eindeutig aus vielen politischen Entscheidungen in den letzten Jahren hervor. Vielmehr ist die Bemühung ersichtlich, im Verlauf der nächsten drei Jahre (vertraglich ist Podgorica verpflichtet in dieser Zeitspanne in der Union mit Serbien zu verbleiben) größtmögliche langfristige Vorteile zu erzielen, um dadurch nach Ablauf der Übergangszeit eine gesicherte Grundlage für die Unabhängigkeit herzustellen. Mit anderen Worten: Serbien finanziert und unterstützt zur Zeit - wenn auch unbeabsichtigt - die Abspaltung Montenegros.

Im Grunde fehlt in Montenegro, teilweise aber auch in Serbien trotz aller öffentlichen Erklärungen der politische Wille, zur Zeit vor allem aber auch das objektive Interesse an einer wirklichen Umsetzung der Verfassungscharta. Wäre es anders, bräuchten wir die „Harmonisierung,, nicht, oder sie wäre schon in einigen Tagen vollendet gewesen. Die Harmonisierungsversuche dauern indessen seit dem 14. März 2002 an. In der Praxis bedeuten sie eine erzwungene Angleichung Serbiens an Montenegro. Dies findet ohne Rückhalt in der Bevölkerung und vor allem unter politischem Druck von einem Teil der EU statt. In vertraulichen Gesprächen sehen viele ausländische Politiker und Diplomaten diese Tatsachen ein und bringen ihre Zweifel an der Realisierbarkeit der sogenannten „Solana-Initiative,, zum Ausdruck. Die Beschlusslage in der EU ist aber wie sie ist. Auch wenn man das als politisches Faktum anerkennt, ist sie Teil eines Kreises der (Selbst)täuschung und des zusätzlichen Zeitverlustes.

Derzeit heißt es zwischen Brüssel und Belgrad, dass die Ausführbarkeit-Studie (über den Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens) im September d.J. beginnen und Anfang 2004 abgeschlossen werden soll. Dann sollen Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens über die Stabilisierung und Assoziierung beginnen. Mit der Unterzeichnung dieses Abkommens könnte dann möglicherweise im Laufe des Jahres 2004 gerechnet werden. Gleich danach könnte die Umsetzung beginnen. Der nächste Schritt wäre dann die Zuerkennung des Kandidatenstatus.

Das ist das **bestmögliche** Szenario, das allerdings ausser Acht lässt, dass der Harmonisierungs- Aktionsplan überhaupt nicht zufriedenstellend ist. Patten meinte dazu: „...although I am prepared to give the go-ahead for

the start of a Feasibility Study I am not in any sense endorsing your current Action Plan,,.

Hinzukommt, dass selbst unter viel stabileren Verhältnissen als in Serbien und Montenegro derzeit vorherrschen, die Verabschiedung und Anwendung von zehntausenden von Rechtsnormen und ihre Umwandlung viel Zeit und enorm viel Energie benötigen. Unitarische, funktionsfähige Staaten des ehemaligen Ostblocks mit einem stark ausgeprägten integrationspolitischen Konsens (Tschechien, Ungarn, Polen usw.) haben dafür fast 15 Jahre gebraucht, manche auch länger (Rumänien, Bulgarien).

Vorwiegend aus diesen Gründen klingen die öffentliche Beteuerungen über eine baldige Aufnahme von Serbien und Montenegro in die EU tragikomisch und verantwortungslos. Sie sind Ausdruck von Unkenntnis des Themas und offenbaren ein laienhaftes und quasipolitisches Herangehen der verantwortlichen Akteure in Serbien und Montenegro.

Realistisch betrachtet, wird die Erstellung der Ausführbarkeit-Studie falls die bisherige Geschwindigkeit denn überhaupt beibehalten wird, wahrscheinlich viel länger als 6 Monate dauern. Sie könnte auch ein negatives Ergebnis hervorbringen – so geschehen im Falle Albanien. Die Studie wird neben wirtschaftlichen Aspekten auch Analysen der Entwicklung der staatlichen Verwaltung, der demokratischen Institutionen, der Menschenrechte, Freiheiten und der Unabhängigkeit der Medien, der Rechtsprechung und der Inneren Angelegenheiten, der Bekämpfung von Kriminalität und Korruption und zahlreiche andere Fragen beinhalten. Das übersehen mangelhaft informierte Politiker in ihrer tagespolitischen Aufregung oft. Es handelt sich um Fragen, die kein ernsthafter Mensch in Serbien als zufriedenstellend gelöst bezeichnen kann.

Ein weiterer gewichtiger Unsicherheitsfaktor bei der Bildung eines einheitlichen und funktionsfähigen Staates „Serbien und Montenegro,, ist die Möglichkeit der Abhaltung eines Volksentscheids nach drei Jahren. Es steht m.E. beim jetzigen Stand der Dinge außer Frage, dass die Bevölkerung in beiden Staaten die Selbständigkeit wählen wird. Sie ist der quälenden und ergebnislosen „Harmonisierung,, überdrüssig. Dies gilt besonders für die Bürger Serbiens, die das Geld (95 %) für die überdimensionierten „gemeinsamen,, Behörden bereitstellen, ohne dass Ergebnisse zustande kommen. Indes übt das kleine Montenegro den gleichen politischen Einfluß (50%) aus, kommt aber nur für fünf Prozent der Kosten auf.

Im Unterschied zum äußerst ungewissen und letztendlich unausführbaren „gemeinsamen„ Gang in Richtung EU könnte der getrennte Beitritt Serbiens zur Union in einer bedeutend kürzeren Zeitspanne verwirklicht werden. Ausbleiben würde vor allem die „Harmonisierung„ zwischen Belgrad und Podgorica. Dadurch würde der Beitritt Serbiens zur EU um mindestens zwei, vielleicht auch ganze fünf Jahre verkürzt – trotz der Notwendigkeit Neuwahlen abzuhalten, die Verfassung zu reformieren, ein stabiles Parlament herzustellen und Institutionen, wie die des Staatspräsidenten, zu festigen.

Ein **realistisch-optimistisches**, von der Unabhängigkeit Serbiens ausgehendes Szenario, setzt zunächst das Zustandekommen einer neuen, stabilen und reformorientierten Regierung in Serbien mit ausreichend Unterstützung in einem entsprechend ausgerichteten Parlament voraus. Notwendig wäre überdies eine beschleunigte Vorbereitung und Verabschiedung der erforderlichen Gesetze und Vorschriften, um die Grundlagen für einen positiven Ausgang der Ausführbarkeitstudie zu gewährleisten. Danach würden bis Ende 2004 die Verhandlungen über die Unterzeichnung des Abkommens über die Stabilisierung und Assoziierung beginnen. Die Unterzeichnung dieses Abkommens könnte im Laufe des Jahres 2005 erfolgen. Danach müßte eine beschleunigte Umsetzung erfolgen, um den Kandidaten-Status im Laufe des Jahres 2007 zu erlangen. Die volle Mitgliedschaft könnte bis 2010 erfolgen.

Unabhängig davon, ob es zu einer frühen Unabhängigkeit Serbiens kommt oder nicht, ist in jedem Fall neben einem neuen politischen, reformorientierten Anstoß nach den Wahlen in Serbien auch eine entsprechende technokratisch gefestigte staatliche Struktur vonnöten, die in der Lage ist, die Anpassung an die EU vorantreiben. Die aktuellen staatlichen Strukturen sind zu kompliziert, verworren und ineffizient. Montenegro verfügt z.B. über ein Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und für europäische Integration. Serbien hat keines von beiden, sondern ein Ministerium für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland und die dortige Abteilung für europäische Integration. Auf „gemeinsamer„ Ebene gibt es ein Büro für die EU, ein Ministerium für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland mit einer entsprechenden Abteilung. Im Außenministerium von Serbien und Montenegro gibt es einen Sektor für europäische Integrationsaufgaben und eine winzige Direktion für die EU!

In einem funktionsfähigen Staat müste im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten eine starke Direktion für europäische Integration vorhanden sein. Diese Dienststelle würde zunächst alle Beschäftigten

im Außenministerium, die mit europäischen Aufgaben vertraut sind, vereinigen (EU, Europarat, OSZE, Großteil der europäischen bilateralen Beziehungen, usw. ..). Sie würde effizient und dynamisch den Prozess der Anpassung des gesamten Staates an die Erfordernisse der EU-Integration leiten. Zu ihren vorrangigen Aufgaben würde die enge Koordinierung und Zusammenarbeit mit allen staatlichen Behörden und dem Parlament gehören. Das vorgeschlagene Modell beruht auf einem Vergleich der Organisationsstruktur ähnlicher Behörden in den ehemaligen osteuropäischen Staaten und den Ländern Ex-Jugoslawiens.

Wie bereits erwähnt, vertritt die EU derzeit den Standpunkt, dass Serbien und Montenegro gemeinsam nach Europa gehen müssen. Das ist ein politisches Faktum, das realistischerweise berücksichtigt werden muss, ob man mit dieser Linie einverstanden ist oder nicht. Angesichts der geschilderten Probleme muss aber ein gangbarer Ausweg gesucht werden, und zwar gemeinsam mit der EU. Es gilt, Vorbereitungen für das m.E. sichere Ende der Staatenunion zu treffen. Ferner gilt es, die Staatenunion so abzuwickeln, dass weder für Serbien und Montenegro noch für die Region Westbalkan ein Schaden entsteht.

Das ist m.E. die unmittelbar vor uns liegende Aufgabe, die es mit Umsicht und Verantwortungsgefühl anzugehen gilt.